

EUROPÄISCHE ÖFFENTLICHKEIT IM INTERNET

VON JOHANNA NIESYTO

Seit Mitte der 1990er Jahre hat sich die Forschung zu europäischer Öffentlichkeit intensiviert.¹ In diesem Forschungsstrang dokumentieren insbesondere kommunikations- und medienwissenschaftliche Analysen, die der Bestimmung von Europäisierungsgraden in vorwiegend printmedialen Öffentlichkeiten nachspüren, diskursive Arenen, welche über nationalstaatliche Grenzen hinaus verweisen. Die verschiedenen Studien können vor allem vertikale kommunikative Vernetzungen – z.B. die Erwähnung supranationaler europäischer Akteure in nationalen Medien – dokumentieren. Horizontale Vernetzungen im Sinne der gegenseitigen Resonanzzeugung nationaler Akteure in Medienarenen anderer Länder werden hingegen eher weniger in den positiven Analysen entdeckt.² Während die Beschreibung der kommunikativen Vernetzungsgrade und -muster im europäischen Raum wichtige Beiträge im Sinne der Erfassung emergenter, sich transformierender Öffentlichkeit(en) bietet, ist die in den genannten empirischen Studien gewählte Perspektive nur eine Seite der Medaille, da der Begriff *politischer* Öffentlichkeit nicht allein zur Beschreibung von Kommunikationsflüssen und -mustern, sondern auch im Kontext normativer politischer Theorie entwickelt worden ist. In der deliberativen Demokratietheorie³ wird politische Öffentlichkeit als ein sozialer Raum – als

-
- 1 Dies zeigt sich u.a. in zahlreichen laufenden Forschungsprojekten wie *Discourse, Politics, Identity* an den Universitäten Wien und Lancaster (<http://www.lancs.ac.uk/ias/researchgroups/dpi/dpi.htm>); *EUROSPHERE – Diversity and the European Public Sphere: Towards a Citizens' Europe* an der Universität Bergen (<http://eurosphere.uib.no>); *Europäische Öffentlichkeit und Identität* an der Universität Zürich (http://www.foeg.unizh.ch/forschung_am_foeg/projekte/europaeische_oeffentlichkeit_und_identitaet.aspx); *European Public Sphere(s): Uniting and Dividing* an der Universität Helsinki (<http://www.valt.helsinki.fi/blogs/eupus>); *Civil Society and the Public Sphere*, Teilprojekt des europäischen Projektes *Reconstituting Democracy in Europe*, koordiniert von ARENA – Centre for European Studies an der Universität Oslo (<http://www.reconproject.eu/projectweb/portalproject/WP5.html>); *The Transnationalization of Public Spheres in Europe*, Teilprojekt des SFB 597 Staatlichkeit im Wandel an der Jacobs University in Bremen (<http://www.jacobs-university.de/schools/shss/research/sfb/home>); *Arbeitsgruppe Kommunikationswissenschaftliche Europaforschung* an der Universität Wien (<http://www.univie.ac.at/Publizistik/Europaprojekt/index.html>).
 - 2 Z.B. Berkel: Konflikt als Motor europäischer Öffentlichkeit; Adam: Symbolische Netzwerke in Europa; für einen Überblick siehe Latzer/Sauerwein: „Europäisierung durch Medien“.
 - 3 Da die Arbeiten von Habermas – insbesondere „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ sowie die Fortführung bzw. teilweise Überarbeitung der dort entwickelten Ideen in „Faktizität und Geltung“ – oft gewählter Ausgangspunkt der gegenwärtigen wissenschaftlichen Debatte um eine Transnationalisierung und/oder Europäisierung von Öffentlichkeit sind (z.B. Bohman: *Democracy across Borders*; Fossum/Schlesinger: „The European Union and the Public Sphere. Communicative space in the making?“; Niesen/Herboth: *Anarchie der kommunikativen Freiheit*; Schmalz-Bruns: „Demokratisierung der Europäi-

Netzwerk – gefasst, in welchem sich kommunikative, (selbst-)reflexive Prozesse entfalten, die sich idealerweise durch Inklusivität und Fairness auszeichnen. Im besten Fall synthetisieren sich die in diesen Prozessen geäußerten Inhalte und Stellungnahmen über die Mobilisierung von Vernunft zu öffentlichen Meinungen. Öffentliche Meinungen, in welchen sich der Wille des Souveräns ausdrücken soll, werden dabei verstanden als Werkzeuge des Einflusses auf das politische System. Die kommunikativ erzeugte politische Kraft der öffentlichen Meinungen soll dann erstens die Regierenden zur Verantwortung ziehen und zweitens absichern, dass sich in den Handlungen des politischen Zentrums der Wille der von diesen Handlungen Betroffenen ausdrückt.⁴ Für einen politischen Öffentlichkeitsbegriff, welcher sich auf den Souverän bezieht, sind somit erstens die Ideen der normativen Legitimität und der politischen Effektivität öffentlicher Meinungen wesentlich⁵ und zweitens ist das Grundrecht auf kommunikative Freiheit⁶ Grundvoraussetzung.

Mit dem Phänomen der Transnationalisierung im Allgemeinen und Europäisierung von Öffentlichkeit im Speziellen steht die normative Theorie vor der Herausforderung, zentrale Bezugspunkte bisheriger Öffentlichkeitskonzeptionen zu überdenken, um sie einem post-westfälischen Rahmen⁷ angemessen zu berücksichtigen:

The *who* of communication, previously theorized as a Westphalian-national citizenry, is now a collection of dispersed subjects of communication. The *what* of communication, previously theorized as a Westphalian-national interest rooted in a Westphalian-national economy, now stretches across vast reaches of the globe, in a transnational community of fate and of risk, which is not however reflected in concomitantly expansive solidarities and identities. The *where* of communication, once theorized as the Westphalian-national territory, is now deterritorialized cyberspace. The *how* of communication, once theo-

schen Union – oder: Europäisierung der Demokratie?“), werden sie auch hier als Ausgangspunkt gewählt, um Bezüge zur gegenwärtigen Diskussion herzustellen.

- 4 Habermas: Faktizität und Geltung, S. 435-467.
- 5 Fraser: „Die Transnationalisierung der Öffentlichkeit“, S. 225.
- 6 Unter Rückgriff auf Günther (1991) versteht Habermas kommunikative Freiheit als Möglichkeit, sich zu den Äußerungen eines Gegenübers kommunikativ zu verhalten, d.h. auch zu den vom Gegenüber erhobenen, auf intersubjektive Anerkennung angewiesenen Geltungsansprüchen Stellung zu nehmen (Habermas: Faktizität und Geltung, S. 152).
- 7 Die Ausdrücke *westfälisch* und *westfälischer* Rahmen beziehen sich auf den Westfälischen Frieden von 1648, welcher den Weg souveräner Staatlichkeit besiegelte. Nationalstaatlichkeit ist hierbei territorial verankert und bezieht sich somit auf eine räumlich begrenzte politische Gemeinschaft. Dagegen beziehen sich die Ausdrücke *post-westfälisch* und *post-westfälischer* Rahmen auf eine postnationale Konstellation, in welcher weder das demos noch die verhandelten Probleme und die staatlichen Akteure (Stichwort: Governance) in einem nationalstaatlichen territorial begrenzten politischen Raum verortet werden können.

rized as Westphalian-national print media, now encompasses a vast translinguistic nexus of disjoint and overlapping visual cultures. Finally, the *addressee* of communication, once theorized as Westphalian state power to be made answerable to public opinion, is now an amorphous mix of public and private transnational powers (suggestively named 'the nebuleuse' by Robert Cox), that is neither easily identifiable nor rendered accountable.⁸

Ziel dieses Beitrags kann es nicht sein, sämtliche der von Fraser benannten Dimensionen demokratischer Öffentlichkeit vor dem Hintergrund europäischer Integration zu reflektieren, vielmehr soll sich vorsichtig, aber dennoch kritisch der Frage des *Wo* europäischer Öffentlichkeit genähert werden. Fragen des *Wer*, *was*, *wie* sowie die Frage nach dem *Adressaten* werden nur in dem Maße behandelt, in dem sie sich mit der Frage nach dem *Wo* überschneiden.

Die eingangs genannten empirischen Studien konzentrieren sich auf nationale Qualitätszeitungen mit Annahmen wie der folgenden, dass „if we find no significant trend of Europeanization in quality papers, it will be found even less in the other media“⁹. Hierbei ist erstens nicht offensichtlich, warum Qualitätszeitungen höhere Grade an Europäisierung als die so genannte Regenbogenpresse aufzeigen sollen; ferner ist fraglich, warum Unterschiede zu Medien wie Hörfunk, Fernsehen und Internet bestehen sollen, welche unterschiedliche Formate (z.B. Nachrichten oder Boulevardberichterstattung) anbieten. Auch werden mit der Wahl nationaler Qualitätszeitungen mediale Infrastrukturen in den Blick genommen, welche in erster Linie nationalstaatlich geprägt sind.¹⁰ Damit wird Öffentlichkeit im Nationalstaat territorialisiert – ähnlich wie auch Habermas implizit in *Strukturwandel der Öffentlichkeit* durch die Thematisierung nationaler Presse und Hörfunk vorwiegend nationalstaatlich geprägte Kommunikationsinfrastrukturen in den Mittelpunkt stellt.¹¹ Mit voranschreitender Europäisierung von Politik und Öffentlichkeit muss zwar nicht eine Bedeutungslosigkeit des Nationalstaats und seiner Öffentlichkeit einhergehen, allerdings sollte auf der Suche nach einer für den transnationalen Rahmen geeigneten kommunikativen Infrastruktur der Blick erweitert werden und im Sinne Frasers der Cyberspace in den Fokus genommen werden. Im Gegensatz zu beispielsweise Satellitenmedien unterscheidet sich das World Wide Web nicht nur hinsichtlich der Reichweite und Übertragungsgeschwindigkeit, sondern vor allem durch seine interaktiven Eigenschaften und scheint da-

8 Fraser: „Transnationalizing the Public Sphere“, S. 5f. (Hervorhebung: J.N.).

9 Brüggemann u.a.: „Segmented Europeanization“, S. 10.

10 Diese Aussage ist bewusst vorsichtig formuliert, da erstens gewisse sub- und transnationale Nischenmedien existieren sowie zweitens sich im Zuge der Internationalisierung des Medienmarktes auch sogenannte globale Medien entwickelt haben. Letztere verfolgen jedoch eher ökonomische Ziele und haben weniger das Interesse, transnationale Macht zu beobachten und/oder eine Kritikfunktion auszuüben.

11 Fraser: „Die Transnationalisierung der Öffentlichkeit“, S. 228.

durch ein für die Öffentlichkeitsherstellung im Allgemeinen prädestiniertes Medium zu sein.

Um sich der Frage zu nähern, ob und inwiefern der Cyberspace tatsächlich als geeignete Infrastruktur für europäische Öffentlichkeit gedacht werden kann, diskutiere ich im ersten Teil zentrale Herausforderungen und Fragen europäischer Öffentlichkeit, um diese im zweiten Teil vor dem Hintergrund bisheriger theoretischer Überlegungen und empirischer Studien zu Internetöffentlichkeit zu reflektieren. Im dritten Teil greife ich auf die Debatte zwischen Lippmann und Dewey zurück und versuche zu zeigen, dass diese an ihrer Aktualität nicht eingebüßt hat und deswegen auch theoretische Perspektiven für europäische Öffentlichkeit im Netz aufzuzeigen vermag.

I EUROPÄISCHE ÖFFENTLICHKEIT ALS NETZWERKÖFFENTLICHKEIT

Eine Vorstellung von politischer Öffentlichkeit als ontologische Einheit mit monolithischem Charakter wird mit Blick auf die Europäische Union herausgefordert.¹² Da die Europäische Union weder ein Staat noch eine Nation ist, wird in der Literatur eine der polyzentrischen Multi-Level-Governance-Struktur der Europäischen Union adäquate und eine der kulturellen Diversität und Sprachenvielfalt Rechnung tragende pluralistische Öffentlichkeitskonzeption entworfen, die Öffentlichkeit als Netzwerk verschiedener sich überlappender (Teil-)Öffentlichkeiten fasst.¹³ Auf theoretischer Ebene stellen sich im Rahmen einer solchen Netzwerköffentlichkeit vor allem zwei Fragen: Können die Grenzen dieser Netzwerköffentlichkeit definiert werden und wenn ja, wie? Sollen die verschiedenen Teilöffentlichkeiten miteinander verbunden sein und wenn ja, wie müssen diese Konnektivitäten aussehen, damit sich eine lebendige, kritische Öffentlichkeit entwickeln kann, deren Output wahrgenommen werden kann und welche legitimierend auf die politischen Institutionen der Europäischen Union wirken kann, um ihr demokratisches Potenzial zu entfalten (Stichworte: normative Legitimität; politische Effektivität)?

Die Frage nach den Grenzen eines Netzwerkes scheint paradoxer Natur zu sein, fokussiert doch die Netzwerkmetapher den Blick auf das Verbindende, auf

12 Dieses Kapitel diskutiert nicht die These, dass es keine europäische Öffentlichkeit gebe, weil a) es kein europäisches Demos und damit auch keine europäische Zivilgesellschaft gebe, b) durch die Sprachenvielfalt keine europäische Medien entstehen können und c) sich so auch keine kollektive Identität herausbilden könne. Für eine Zusammenfassung dieser Positionen siehe Kantner: *Kein modernes Babel*, S. 61-93. Diese Thesen werden nicht dargestellt und reflektiert, da das europäische Demokratie- und Öffentlichkeitsdefizit in diesem Beitrag als Theoriedefizit angegangen wird (Abromeit: „Möglichkeiten und Ausgestaltungen einer europäischen Demokratie“, S. 51). Insgesamt wird dabei jedoch nicht die Annahme zugrunde gelegt, dass das europäische Demokratie- und Öffentlichkeitsdefizit ausschließlich als Theoriedefizit aufzufassen ist, vielmehr soll mit diesem Beitrag darauf hingewiesen werden, dass jenes Defizit auch ein theoretisches ist.

13 Z.B. Eriksen „Conceptualising European public spheres. General, segmented and strong publics“; Wessler: „Europa als Kommunikationsnetzwerk“.

die Konnektivitäten, auf das *Dazwischen*. Nimmt man beispielsweise die Castellsche Netzwerkdefinition zum Ausgangspunkt, sind Netzwerke gleich welcher Art durch einen inklusiven Charakter geprägt:

Netzwerke sind offene Strukturen und in der Lage, grenzenlos zu expandieren und dabei neue Knoten zu integrieren, solange diese innerhalb des Netzwerkes zu kommunizieren vermögen, also solange sie dieselben Kommunikationscodes besitzen – etwa Werte oder Leistungsziele.¹⁴

Über In- und Exklusion entscheiden dieser Definition nach gemeinsame Kommunikationscodes. Aber wer definiert diese in einer europäischen Öffentlichkeit und inwiefern können diese Codes als europäisch gelten? Die Antwort auf diese Frage wird zudem erschwert, nimmt man an, dass Europäisierung Teil eines umfassenderen gesellschaftlichen Prozesses ist, welcher als Transnationalisierung, Denationalisierung oder Globalisierung¹⁵ umschrieben wird. Wenn man also davon ausgeht, dass europäische öffentliche Kommunikation eingebettet ist „in die mit der Globalisierung entstandene multidimensionale, komplexe Konnektivität“¹⁶, könnte man dennoch in Anlehnung an Hepp argumentieren, dass europäische Öffentlichkeit in einer *weiteren Definition* sich nicht direkt abgrenzt, jedoch erkennbar macht durch spezifische Verdichtungen von Konnektivitäten zwischen differenten Lokalitäten und Öffentlichkeiten. Allerdings führt dieser Gedanke wieder zurück zur Frage nach der spezifisch europäischen Qualität der Kommunikation, wobei die Antwort zusätzlich durch die fehlende Verständigung über das „*what the Union is for*“¹⁷ erschwert wird. Habermas selbst sieht hier die Lösung in der Schaffung einer Europäischen Verfassung, welche eine induzierende Wirkung auf die Herstellung eines europäischen Kommunikationszusammenhanges haben könne.¹⁸ Im Habermasianischen *enger gefassten Öffentlichkeitsbegriff* sind dementsprechend die Grenzen des Netzwerkes an einen grundrechtlich garantierten Rahmen geknüpft:

Die von Beschlüssen entkoppelte Meinungsbildung vollzieht sich in einem offenen und inklusiven Netzwerk von sich überlappenden subkulturellen Öffentlichkeiten mit fließenden zeitlichen, sozialen und sachlichen Grenzen. Die Strukturen einer solchen pluralistischen Öff-

14 Castells: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft, S. 528f.

15 Für einen Überblick siehe Selchow: „Language and ‚Global‘ Politics“.

16 Hepp: Netzwerke der Medien, S. 183.

17 Fossum/Schlesinger: „The European Union and the Public Sphere“, S. 10, (Hervorhebung im Original).

18 Habermas: „Braucht Europa eine Verfassung?“.

fentlichkeit bilden sich, innerhalb eines grundrechtlich garantierten Rahmens, mehr oder weniger spontan.¹⁹

Indem Habermas sich dem Verfassungspatriotismus verschreibt, wird auch auf der Ebene der Europäischen Union Öffentlichkeit territorial verankert und die Frage nach den Grenzen, welche mit der Frage nach der Inklusion direkt verbunden ist, zudem an den Status der Unionsbürgerschaft gebunden. Damit tritt die Frage nach dem *Wer* hervor. Fraser schlägt aus ihrer Kritik an Habermas heraus vor, diese Frage nicht an den Status der Bürgerschaft, sondern an das Prinzip der Betroffenheit zu binden, welches beinhaltet, dass Menschen „durch ihre wechselseitige Verstrickung in Strukturen und/oder Institutionen, die ihr Leben beeinflussen[.]“²⁰ zu Mitgliedern einer Öffentlichkeit werden.

In einem früheren Aufsatz, der jedoch auf der Folie nationalstaatlicher Rahmenbedingungen geschrieben wurde und als Kritik an Habermas' „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ zu lesen ist, verknüpft Fraser die Frage nach der Inklusivität zudem mit der Frage nach der partizipatorischen Parität. Sie argumentiert, dass eine Vielzahl von Öffentlichkeiten dem Ideal partizipatorischer Parität eher entspreche als eine einzige, übergreifende Öffentlichkeit, da so Mitglieder von Gruppen, welche in deliberativen öffentlichen Prozessen benachteiligt würden, die Chance hätten, sich selbst zu verständigen und so zu partizipieren. Diese subalternen Gegenöffentlichkeiten werden dementsprechend verstanden als „discursive arenas where members of subordinated social groups invent and circulate counterdiscourses to formulate oppositional interpretations of their identities, interests and needs“²¹. Im Rahmen europäischer Öffentlichkeit stellt sich an dieser Stelle die Frage, welche Kommunikationen als Öffentlichkeiten bzw. als Gegenöffentlichkeiten gefasst werden können, ist es doch schwierig oder gar unmöglich eine (dominante) öffentliche Meinung zu identifizieren, mit welcher sich bestimmte Gruppen identifizieren können und/oder am Meinungsbildungsprozess mitgewirkt haben. Dennoch scheint Frasers Idee gerade für den europäischen Kontext übertragbar zu sein, löst man die Dichotomie von dominant vs. subaltern als binäre Gegenüberstellung auf und pluralisiert sie. Für den europäischen Kommunikationszusammenhang gilt angesichts der Dominanz von Englisch als der *lingua franca* sowie generell angesichts der anzutreffenden Diversität noch stärker das Argument, dass die Pluralität von Gruppen in multikulturellen Gesellschaften sich auch in einer Vielzahl von funktionalen, segmentären und stratifikatorischen Öffentlichkeiten widerspiegeln sollte, damit bestimmten Gruppen die Chance eröffnet wird, sich öffentlich artikulieren können.²²

19 Habermas: Faktizität und Geltung, S. 373.

20 Fraser: „Die Transnationalisierung der Öffentlichkeit“, S. 249.

21 Fraser: „Rethinking the Public Sphere“, S. 123.

22 Auch Eriksen argumentiert, dass viele Öffentlichkeiten die Möglichkeiten zur Partizipation vergrößern, so dass weniger Stimmen ausgeschlossen werden und mehr die Legimi-

Hinsichtlich der Konnektivität dieser Öffentlichkeiten konzeptionalisiert Fraser im nationalstaatlichen Kontext „one public in which participants can deliberate as peers across lines of difference about policy that concerns them all“.²³ Auch Habermas beschreibt in „Faktizität und Geltung“ die allgemeine Öffentlichkeit als „wilden Komplex“²⁴, in welchem verschiedene Teilöffentlichkeiten verbunden sind. Für den postwestfälischen Kontext stellt sich die Frage der *interpublic relations* erneut: Kann es ein *one public* geben und wenn ja, wie soll dieses *one public* aussehen? In der Literatur finden sich diesbezüglich fast ausschließlich Aussagen zur Vernetzung nationaler (massenmedialer) Öffentlichkeit.²⁵ So sieht beispielsweise Habermas eine europäische Öffentlichkeit erst dann entstehen, wenn die verschiedenen nationalen Öffentlichkeiten sich füreinander öffnen und miteinander in einen diskursiven Austausch treten.²⁶ Für Eder/Kantner entsteht unter Rückgriff auf Habermas eine europäische Öffentlichkeit, wenn „zur gleichen Zeit die gleichen Themen unter gleichen Relevanzgesichtspunkten“ diskutiert werden.²⁷ Damit begnügen Eder und Kantner sich mit schwächeren *interpublic relations* als Habermas; letzterer stützt sich auf die Unterscheidung von Peters,²⁸ welche drei Stufen der kommunikativen Vernetzung umfasst:²⁹

- Beobachtung europäischer Themen und Bezug zum politischen System der Europäischen Union in nationalen massenmedialen Öffentlichkeiten;
- gegenseitige Beobachtung der nationalen massenmedialen Öffentlichkeiten im Hinblick auf diese Themen;
- diskursiver Austausch von Argumenten und Meinungen zwischen den nationalen Öffentlichkeiten über diese Themen;
- und damit die Aussicht auf die kommunikative Herausbildung einer kollektiven Identität.

Hierbei werden, so Habermas, „[d]ie Grenzen der nationalen Öffentlichkeiten zu Portalen wechselseitiger Übersetzungen“³⁰. In dieser Operationalisierung wird der Blick durch die *westfälische Brille* noch deutlicher als zuvor, indem auf massenmediale nationale Öffentlichkeit quasi als *Knoten mit Scharnierfunktion* gesetzt

tät der Akteure des politischen Zentrums kontrollierende Kritik geübt werden könne (Eriksen: „Conceptualising European public spheres“, S. 42).

23 Fraser: „Rethinking the Public Sphere“, S. 127.

24 Habermas: „Faktizität und Geltung“, S. 374.

25 Eine Ausnahme bildet Klaus, welche den Blick auf die unterschiedlichen Öffentlichkeits-ebenen lenkt, die sie auch im europäischen Kontext gegeben sieht (Klaus: „Von der Beschränktheit unserer Öffentlichkeitstheorien im europäischen Kontext“).

26 Habermas: „Europapolitik in der Sackgasse“, S. 107.

27 Eder/Kantner: „Transnationale Resonanzstrukturen in Europa“, S. 315.

28 Habermas: „Europapolitik in der Sackgasse“, S. 107, sowie Habermas: „Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension?“, S. 191.

29 Peters: Nationale und Transnationale Öffentlichkeit, S. 183-297.

30 Habermas: „Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension?“, S. 191.

wird. Eine postwestfälische Perspektive möchte zwar nicht diese Übersetzungsleistung massenmedialer nationaler Öffentlichkeit infrage stellen, aber stärker den Fokus auf Prozesse und Momente des Konnektierenden und des Dazwischen legen. Folgt man Fraser³¹, muss sich eine solche Perspektive mit Blick auf die Frage des Wo insbesondere den folgenden Problemen stellen:

- Inwiefern haben Betroffene Zugang?
- Inwiefern können die verschiedenen Öffentlichkeiten und ihre Mitglieder als Gleiche partizipieren?
- Inwiefern können sich Prozesse und Momente des Konnektierenden in den Öffentlichkeiten konstituieren, welche eine kritische Kraft entfalten?
- Inwiefern sind die Öffentlichkeiten an die politischen Entscheidungsprozesse der Europäischen Union gekoppelt?

Die oben benannten Herausforderungen und Fragen überschreiten bei Weitem den Rahmen dieses Beitrags, deshalb wird im folgenden Abschnitt überblicksartig versucht, die hier aufgeworfenen Probleme ausschließlich mit der Frage nach einer (möglichen) Internetöffentlichkeit zu verknüpfen.

2 INTERNETÖFFENTLICHKEIT ALS NETZWERKÖFFENTLICHKEIT

INWIEFERN HABEN BETROFFENE ZUGANG?

Forschungen zeigen, dass der Zugang zum World Wide Web selektiv ist.³² Ungleicher Zugang wird hier auf geografische und sozio-demografische Faktoren zurückgeführt.³³ Für den europäischen Kontext identifiziert beispielsweise eine Studie, welche von der Europäischen Kommission in Auftrag gegeben wurde, Alter und Geschlecht als wichtige Einflussgrößen. Auch werden Unterschiede zwischen ländlichen und urbanen Räumen festgestellt: „[...] Internet penetration among housepersons, especially women, older citizens, retired people and in rural areas [...] is clearly lagging behind“.³⁴ In einer weiteren Studie zeigen sich daneben Länderunterschiede hinsichtlich des Internetzugangs in der Europäischen Union: In dreizehn Ländern hat über die Hälfte der erfassten Haushalte einen Internetanschluss; in Rumänien, Griechenland und Bulgarien verfügen weniger als ein Viertel der untersuchten Haushalte über einen Internetanschluss.³⁵ Die Ergebnisse kön-

31 Fraser: „Die Transnationalisierung der Öffentlichkeit“.

32 Für eine Diskussion von Zugangsbarrieren im bundesdeutschen Kontext vgl. Enders u.a. in diesem Band.

33 Für einen Überblick siehe Deutscher Bundestag: „Schlussbericht der Enquete-Kommission, Globalisierung der Weltwirtschaft“, Kapitel 5.2.1.

34 Kommission der Europäischen Gemeinschaften: „eInclusion revisited“, S. 8.

35 TNS Opinion & Social für die Europäische Kommission: „Eurobarometer Spezial 293“, S. 55.

nen vor dem Hintergrund, dass ausschließlich Unionsbürger befragt wurden, nur als Tendenz gewertet werden, setzt man einen weiter gefassten Öffentlichkeitsbegriff voraus. Trotz dieser deutlichen Unterschiede im Netzzugang zeigen Daten des im November 2007 veröffentlichten Eurobarometers, dass das Internet als Medium zur Information über die Europäische Union an Bedeutung gewinnt. Nach wie vor tritt zwar das Fernsehen hervor, welches mit 63 Prozent deutlich vor der zweitplatzierten Tageszeitung (41 Prozent) liegt. An dritter Stelle rangiert allerdings bereits das Internet mit 28 Prozent³⁶ und nimmt so im Vergleich zum Vorjahr um fünf Prozentpunkte zu, wohingegen das Fernsehen mit sieben Prozentpunkten deutlich zurückging,³⁷ sodass sich hier eine Verschiebung zugunsten des Internets feststellen lässt.

Im globalen Kontext sieht Norris in der zunehmenden Bedeutung des Internets für die *Informationsgesellschaft* allerdings die Gefahr, dass im Kontext der politischen Netznutzung das Internet Aktivbürger gegenüber politisch Desinteressierten und/oder Inaktiven begünstige und so der *democratic divide* zwischen politisch Aktiven und Inaktiven zunehme.³⁸ Für den bundesdeutschen Kontext bestätigt die quantitative Studie von Emmer/Vowe Norris' These in gewisser Hinsicht. Ihre Ergebnisse zeigen, dass beim Internetzugang – zwar mit abnehmender Tendenz – Unterschiede in Alter und Bildung nach wie vor von Bedeutung sind. Zudem seien bei der insgesamt noch geringen Nutzung des Internets für politische Zwecke bei einzelnen Online-Aktivitäten größer werdende Unterschiede zu verzeichnen.³⁹

Darüber hinaus werden Zugang sowie kommunikative Freiheit durch das Vordringen staatlicher und ökonomischer Macht beeinträchtigt. So konstatiert Cooke mit Blick auf die EU Einschränkungen der demokratischen Potenziale des World Wide Web:

[...] [I]n the EU arena, the desire to control and regulate the internet is taking precedence over measures to promote freedom of expression and freedom of enquiry online. A reliance on industry self-regulation rather than on autonomous self-regulation by the end user carries real risks of ‚unseen‘ (and therefore unaccountable) censorship.⁴⁰

36 TNS Opinion & Social für die Europäische Kommission: „Eurobarometer 67“, S. 132.

37 Ebd.

38 Norris: „Digital Divide“, S. 230f.

39 Emmer/Vowe: „Mobilisierung durch das Internet?“.

40 Cooke: „Controlling the net“, S. 373.

INWIEFERN KÖNNEN DIE VERSCHIEDENEN ÖFFENTLICHKEITEN UND IHRE MITGLIEDER ALS GLEICHE PARTIZIPIEREN?

Prinzipiell, so Habermas, ermögliche die Internetkommunikation den Austausch zwischen egalitären Partnern, welche durch interaktive Anwendungen „auf gleicher Augenhöhe“⁴¹ miteinander kommunizieren könnten. Für Young können Teilnehmer aufgrund unterschiedlicher Sprachkulturen und Ausdrucksweisen, welche durch bestimmte soziale Kontexte geprägt werden, nur als Gleiche partizipieren, sofern im Diskurs nicht nur bestimmte diskursive Ausdrucksstile privilegiert würden.⁴² Hinsichtlich des Internets verweisen Autoren wie z.B. Bennett darauf, dass das Internet gerade ein Raum expressiver politischer Kommunikation zwischen Bürgern sei. Dabei bezieht er sich auf kommunikative Formen wie politischen Konsum oder Cyberaktivismus.⁴³ Unter Rückgriff auf zahlreiche Studien, welche insbesondere genderbezogene Ungleichheiten in Onlinediskursen dokumentieren, weist Dahlberg allerdings darauf hin, dass sich Status auch online mit jeder (Inter-)Aktion entwickle. *Cyberpower* sei verknüpft mit sozialen Hierarchien und Identitäten, welche sich im Offlinebereich herausbildeten.⁴⁴ Neben sozialen und kulturellen Unterschieden könne auch die Instanz der Moderatoren und/oder Administratoren und das Design der Onlineanwendungen dazu führen, dass bestimmte Teilnehmer die Diskussion dominieren und sich so Machtasymmetrien zugunsten bestimmter Akteure entfalten.⁴⁵ Ferner wird von Barney das Argument angebracht, dass die User relativ machtlos gegenüber denjenigen seien, die über das Design entscheiden würden und den Inhalt kontrollierten.⁴⁶

Neben der Frage der partizipatorischen Parität innerhalb von Gruppen stellt sich die Frage nach der Sichtbarkeit dieser Gruppen. Hier zeigen verschiedene quantitative Studien, welche die Suche in Suchmaschinen als Ausgangspunkt wählen und die Ergebnisse mit der Sichtbarkeit von Akteuren in Printmedien vergleichen, dass trotz unterschiedlicher Filtermechanismen – (nicht transparente!) Algorithmen vs. journalistisches Gatekeeping – ähnliche Hierarchien der Sichtbarkeit in diesen unterschiedlichen kommunikativen Arenen erzeugt werden, so dass vor allem politische Akteure des Zentrums sichtbar seien.⁴⁷ Kommerzielle Such-

41 Habermas: „Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension?“, S. 161.

42 Young: „Communication and the Other“.

43 Bennett: „Changing Citizenship in the Digital Age“.

44 Dahlberg: „Computer-Mediated Communication and The Public Sphere“.

45 Z.B. Wright/Street: „Democracy, deliberation and design“; Wodak/Wright: „The European Union in Cyberspace“.

46 Barney: „The Network Society“, S. 141.

47 Koopmans/Zimmermann: „Visibility and communication networks on the Internet“; Zimmermann u.a.: „Political communication on the Internet“.

maschinen wie Google und Portale wie AOL würden auf diese Weise viele Stimmen marginalisieren und Praxen eines Konsumentenkapitalismus vorziehen.⁴⁸

INWIEFERN KÖNNEN SICH IN DEN ÖFFENTLICHKEITEN PROZESSE UND MOMENTE DES KONNEKTIERENDEN KONSTITUIEREN, WELCHE EINE KRITISCHE KRAFT ENTFALTEN?

Skeptische Positionen sehen die größte Herausforderung des Internets in der Fragmentierung zerstreuter Öffentlichkeiten. So schreibt Habermas Internetöffentlichkeit eine zentrifugale Kraft zu, welche zu einer kommunikativen Verflüssigung von Politik, einer Fragmentierung in zahlreiche *issue publics* führe und die verschiedenen Meinungen eben nicht selektiere, synthetisiere und filtere. Auch im Kontext von Internetöffentlichkeit fokussiert Habermas nationale Öffentlichkeiten, indem er die Bedingung für Entfaltung kritischer Kraft an die Bedingung der Anbindung von Onlinedebatten an die Vorgänge in den nationalen Öffentlichkeiten außerhalb des World Wide Web knüpft.⁴⁹ In ähnlicher Weise sieht auch Splichal in der fehlenden Bündelung von Meinungen das zentrale Problem von Internetöffentlichkeiten, welche kaum die Rolle eines *watchdog* einnehmen oder ähnlich wie traditionelle Medien moralische Obligationen schaffen könnten.⁵⁰ Dieser Pluralismus wird von manchen zwar nicht per se als demokratiegefährdend bewertet,⁵¹ Kritiker befürchten jedoch, dass sich durch den *beschleunigten Pluralismus*⁵² im Netz negative Wirkungen stärker entfalten könnten: Aus einer netzkritischen Perspektive heraus beschreibt Lovink Blogging als eine nihilistische, selbstbezogene und zynische Kultur, die weniger den Gemeinschaftsgedanken als vielmehr die Idee des Selbstmanagements in der Vordergrund stelle.⁵³ Ferner diagnostiziert Sunstein im World Wide Web eine Fragmentierung von Öffentlichkeit, welche zu einer Balkanisierung und Polarisierung politischer Standpunkte und Gruppen führe. So genannte deliberative Enklaven, Informationskokons und *echo chambers* im Internet werden von Sunstein – ausgehend von Vorstellungen deliberativer Demokratie und Öffentlichkeit – als gravierendes Problem für westliche Demokratien bewertet.⁵⁴

An dieser Diagnose setzt die Kritik Dahlbergs an, welcher unter Rückgriff auf postmarxistische Diskurstheorie für einen radikalisierten Ansatz deliberativer Öffentlichkeit plädiert und so den demokratischen Implikationen von Onlinegruppen

48 Z.B. Dahlberg: „The Corporate Colonization of Online Attention and the Marginalization of Critical Communication?“.

49 Habermas: „Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension?“, S. 161f.

50 Splichal: „In search of a strong European public sphere“, S. 703.

51 Siehe Abschnitt „Europäische Öffentlichkeit als Netzwerköffentlichkeit“.

52 Bimber: „The internet and political transformation“.

53 Lovink: Zero Comments.

54 Sunstein: Republic 2.0.

Gleichgesinnter nachzuspüren versucht. Der Tatsache von asymmetrischen Machtbeziehungen Rechnung tragend ist für ihn nicht mehr die Frage zentral, ob Online-Deliberation zwischen unterschiedlich positionierten Individuen stattfindet, sondern inwiefern das Internet die Entwicklung und Expansion von Gegendiskursen sowie die Auseinandersetzung innerhalb und zwischen den (Gegen-) Diskursen fördert. Die Frage nach der Effektivität der Gegenöffentlichkeiten im Sinne des Einflusses auf den dominanten Diskurs lässt er dabei unbeantwortet.⁵⁵ Auch Castells sieht in zivilgesellschaftlichen Akteuren und deren Kommunikation Potenzial für die Formulierung von Gegendiskursen angelegt. So wie er die Europäische Union als Netzwerkstaat mit sogenannten Machtknoten, aber ohne Zentrum, beschreibt, entwirft er eine korrespondierende Netzwerköffentlichkeit, welche sich als *informational politics* der neuen Informations- und Kommunikationstechnologie bediene, sich aus polyzentrischen Knoten der sozialen Bewegungen konstituiere und kommunikative Kraft entwickeln könne.⁵⁶ In ähnlicher Weise schreibt auch Bohman zivilgesellschaftlichen Akteuren das Potenzial zu, Prozesse und Momente des Konnektierenden zu schaffen. Aus einer diskurstheoretischen Perspektive bedarf es, so Bohman, der reflexiven und vermittelnden Tätigkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen, um *netzöffentliche* Räume zu konstituieren und dadurch einer Privatisierung und Individualisierung der User entgegenzuwirken. Für diese Intermediärsleistung sei es konstitutiv, dass die geschaffenen netzöffentlichen Räume sich durch freien, offenen und responsiven Dialog auszeichnen. Zivilgesellschaftlichen Assoziationen und Akteuren kommt dabei die Funktion zu, als Bereitsteller der *institutionellen Software* zu fungieren, „which socializes the commons and makes it a public space.“⁵⁷ Als Beispiel führt er die Proteste gegen das *Multilateral Agreement on Investment* an, welche die potenzielle kritische, kommunikative Kraft der Netzwerköffentlichkeiten zeigen würden.⁵⁸ Allerdings räumt er ein, dass gegenwärtig diese Öffentlichkeiten *weak publics* seien, welche erst zu *strong publics* durch institutionalisierte Entscheidungsprozesse mit regulierten Möglichkeiten des Inputs werden könnten.⁵⁹ Dagegen sieht Benkler nicht in der institutionellen Einbettung das entscheidende Moment, sondern hebt Filtermechanismen des World Wide Web hervor, welche durch die Clusterbildung von Interessengemeinschaften entstünden:

It [the internet communication; J.N.] appears to have developed a structure that allows for this enormous capture basin to be filtered,

55 Dahlberg: „Rethinking the fragmentation of the cyberpublic“.

56 Castells: Jahrtausendwende.

57 Bohman: Democracy across borders, S. 80f.

58 Ebd.; S. 78. In ihrer Analyse der Anti-MAI-Kampagne ziehen auch Smith/Smythe das Fazit: „In essence the Internet helped to break the information monopoly enjoyed by business, government leaders, and OECD officials.“ (Smith/Smythe: „Globalization, citizenship and technology“, S. 200).

59 Bohman: Democracy across borders, S. 83.

synthesized, and made part of a polity-wide discourse. This nested structure of clusters of communities of interest, typified by steadily increasing visibility of superstar nodes, allows for both the filtering and salience to climb up the hierarchy of clusters, but offers sufficient redundant paths and interlinking to avoid the creation of a small set of points of control where power can be either directly exercised or bought.⁶⁰

INWIEFERN SIND DIE ÖFFENTLICHKEITEN AN DIE POLITISCHEN ENTSCHEIDUNGSPROZESSE GEKOPPELT?

In der rezenten Literatur wird weniger diskutiert, wie Akteure des politischen Zentrums Internetöffentlichkeit beobachten und darauf reagieren können. Vielmehr wird der direkte Kontakt zwischen Betroffenen (oft: Bürgern) und den politischen Institutionen hervorgehoben.⁶¹ Dabei kann unterschieden werden zwischen vertikaler Kommunikation, welche Responsivität sowie Accountability der politischen Institutionen verbessern würde, und Formen direkter Partizipation, wie Onlinekonsultationen und *Deliberative Polling*^{®62} (Fishkin).⁶³ Hinsichtlich Formen vertikaler Kommunikation sieht die Europäische Kommission selbst das Internet als zentrales Medium, um Informationen bereitzustellen und kommunikativen Austausch zu fördern:

Information und Kommunikationstechnologie haben eine wichtige Rolle zu spielen. Entsprechend wird sich die Website EUROPA der EU zu einer interaktiven Plattform für Information, Feedback und

60 Benkler: *The Wealth of Networks*, S. 260.

61 Für einen Überblick siehe Gibson u.a.: „Introduction“, S. 6-10.

62 Hierbei wird eine zufällige repräsentative Auswahl einer bestimmten Bevölkerung in einem ersten Schritt zu bestimmten Themen befragt. In einem zweiten Schritt werden die Mitglieder dieser ausgewählten Gruppe zusammengebracht, um zu diesen bereits in der Umfrage vorgestellten Themen zusammen und mit Experten und Politikern zu diskutieren. Vorher wird ihnen ausgewähltes Informationsmaterial zugesandt, welches auch öffentlich zugänglich gemacht wird. In einem dritten Schritt wird den einzelnen Teilnehmern wieder die Frage der ersten Umfrage gestellt. Meinungsänderungen, welche sich zwischen den beiden Umfragen ergeben haben, stellen dann die Schlüsse dar, zu welchen Öffentlichkeiten gelangen würden, wenn sie die Chance hätten, sich intensiv und informiert mit den Themen auseinandersetzen (Fishkin: „Deliberative Polling“).

63 Im europäischen Kontext wurde vom *Center for Deliberative Democracy* an der Stanford University u.a. im Auftrag des Think Tank *Notre Europe* zur Frage nach der Zukunft der Europäischen Union bereits offline *Deliberative Polling*[®] durchgeführt, welches unter <http://www.tomorrowseurope.eu> online begleitet wurde; auch wurden Fragen in diesem Kontext in einer Online-Debatte diskutiert. Hierfür kooperierten Organisatoren mit dem kommerziellen Anbieter *yahoo answers*.

Debatten entwickeln, die parallele Netzwerke unionsweit miteinander verknüpft.⁶⁴

Auch im *Plan D* bewertet die Europäische Kommission das Internet als ein wichtiges öffentliches Forum der Diskussion und sieht sich selbst in der Rolle des Moderators (nicht des Dialogpartners!):

Die Erfahrung zeigt zunehmend, dass das Internet ein wichtiges Forum der politischen Debatte geworden ist. Wenn die Kommission eine wichtige Rolle bei der Moderation der Diskussionen über die Zukunft Europas spielen will, sollte sie die Möglichkeiten aller interaktiven Kommunikationsmittel, die diese Debatte erleichtern können, ausprobieren.

Die Kommission nutzt die modernste Internet-Technik, um ihre Politik aktiv zu diskutieren und zu vertreten. Das Internet ist ein wichtiges meinungsbildendes Diskussionsforum geworden.⁶⁵

An dieser Stelle bleibt jedoch die Frage nach der Einbindung dieser Diskussion in politische Entscheidungsprozesse offen, so dass eher von *weak publics* gesprochen werden kann, wie die Initiative *Debate Europe* – ein Onlinediskussionsforum, in welchem sich Bürger untereinander und mit Mitarbeitern der europäischen Institutionen austauschen können – exemplarisch zeigt. So heißt es auf der Website des Onlinediskussionsforums lediglich, dass die Kommission das Forum, nutzen will „[...] um die öffentliche Meinung zu sondieren“⁶⁶. Hinsichtlich der zweiten Form der Rückkopplung von Öffentlichkeit, welche öffentliche Kommunikation stärker in institutionalisierte Entscheidungsprozesse einbindet und *strong publics* fördert, wird in der Literatur gegenwärtig in einem vorgelagerten Schritt eine demokratische Reform der Europäischen Union als Voraussetzung gefordert. Bereits bestehende Methoden, welche online auf den Websites der Kommission begleitet werden, werden des Weiteren kritisch diskutiert. Beispielsweise wird an der Methode der offenen Koordinierung⁶⁷ der fehlende öffentliche Charakter

64 Kommission der Europäischen Gemeinschaften: „Europäisches Regieren“, S. 15.

65 Kommission der Europäischen Gemeinschaften: „Der Beitrag der Kommission in der Zeit der Reflexion und danach“, S. 13.

66 Kommission der Europäischen Gemeinschaften: „Über die Website ‚Debate Europe‘“.

67 Die Methode der offenen Koordinierung wurde im Kontext der Initiativen zur Europäischen Beschäftigungsstrategie in den 1990er Jahren entwickelt und erstmals vom Europäischen Rat von Lissabon im März 2000 formuliert. Die Methode zielt auf freiwillige Kooperation der EU-Mitgliedsstaaten in verschiedenen Politikfeldern wie etwa Beschäftigung und soziale Integration, Informationsgesellschaft, Forschung, Bildung sowie Wirtschafts- und Gesundheitspolitik. Nach der Vereinbarung gemeinsamer Ziele und Leitlinien für den jeweiligen Politikbereich wird die Umsetzung den Mitgliedstaaten selbst überlassen, wobei im Sinne eines Benchmarking regelmäßig die erreichten Fortschritten kontrolliert, verglichen und gemeinsam reflektiert werden. Bei der Methode der offenen

sowie die fehlende Kontrolle durch das Europäische Parlament moniert.⁶⁸ So zentral die Frage nach der Rückkopplung der Öffentlichkeit für die normative Legitimität aus der Sicht deliberativer Demokratietheorie ist, so groß erscheint sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt als Problem im europäischen und transnationalen Kontext.

3 DIE ÖFFENTLICHKEIT(EN) UND IHRE PROBLEME 2.0?

Fraser selbst hat darauf aufmerksam gemacht, dass Bedingungen, welche gleichen Zugang und partizipatorische Parität ermöglichen, in liberalen Demokratien kaum in voller Qualität existieren können, da es sich um ideale Bedingungen handele.⁶⁹ Weiter betrifft die Frage der normativen Legitimität sowohl die Herausbildung öffentlicher Meinungen, welche den Willen der Betroffenen ausdrücken sollen, als auch die Frage nach der Rückkopplung eben dieser. Während hier das Internet eine geeignete Infrastruktur zu bieten scheint, da es durch dessen Netzwerkarchitektur möglich ist, auf verschiedenen Ebenen der Öffentlichkeit an das Multi-Level-Governance-System der Europäischen Union zurückzukoppeln, scheint der neuralgische Punkt sowohl der Debatte um Internetöffentlichkeit als auch der Diskussion europäischer Öffentlichkeit zu sein, ob und wie *interpublic relations* gedacht werden können, damit sich kommunikative Kraft effektiv entfalten kann. Dabei erinnern beide Debatten an die Auseinandersetzung zwischen Lippmann und Dewey, in welcher der Abschied von der direkten Demokratie, welche sich unmittelbar in lokalen Öffentlichkeiten konstituiert, mit unterschiedlichen Perspektiven verbunden wurde. Ausgehend von der Diagnose, dass eine komplexe *Great Society* entstanden sei, sieht Lippmann Öffentlichkeit nur noch als Phantom, in welcher ein von den Eliten fingierter Konsens fabriziert wird.⁷⁰ Dagegen skizziert Dewey zwar auch den Wandel vom Agrarstaat zur Industrienation als einen Verfall, als Entpolitisierung und Fragmentierung von Öffentlichkeit in zahlreiche partikuläre Öffentlichkeiten, schließt dieser düsteren Diagnose, dass es zu viele diffuse Öffentlichkeiten gebe, jedoch noch ein Empfehlung an: Die *Great Society* müsse sich in eine *Great Community* verwandeln. Hierzu sei es neben der Föderalisierung des politischen Systems nötig, dass sich lokale Gemeinschaften als vitale Knoten demokratischen Lebens wieder herstellen würden, damit sich Öffentlichkeit über die Wahrnehmung indirekter Folgen selbst identifizieren könne. Öffentlichkeit nimmt für Dewey dabei ihren Ausgangspunkt in der Tatsache, dass

Koordinierung sollen sämtliche Akteure der nationalen Politik einbezogen werden, wobei die Gemeinschaftsebene die Instrumente zur Politiküberwachung und Bewertung von Aktionen bereitstellt. Zudem ist dabei vorgesehen, Akteure der Zivilgesellschaft in den Prozess miteinzubeziehen.

68 Z.B. Bohman: *Democracy across Borders*, S. 159; 164.

69 Fraser: „Rethinking the Public Sphere“.

70 Lippmann: *The Public Opinion*.

[...] menschliche Handlungen Folgen für andere haben, daß einige dieser Folgen wahrgenommen werden und daß ihre Wahrnehmung zu dem anschließenden Bestreben führt, die Handlung zu kontrollieren, um einige der Folgen zu sichern und andere zu vermeiden.⁷¹

Durch die Fokussierung auf indirekte Folgen und die kommunikativen Handlungen der davon Betroffenen eröffnet Dewey bereits 1927 einen transnationalen Blick und dies, obwohl die Zeit, in welcher er seine Gedanken formulierte, durch große zwischenstaatliche Konflikte geprägt war. So sind für ihn Öffentlichkeiten ausdifferenziert in zahlreiche Teilöffentlichkeiten, welche – und das ist der springende Punkt – über die Ebenen des Sozialen und des Politischen miteinander verknüpft sind. Öffentlichkeit wurzelt für ihn in der lokalen Ebene, in der Dialog und Erfahrung als Kern demokratischen Zusammenlebens möglich sei, und konstituiere sich aus Interaktionszusammenhängen dieser dezentralen, lokalen Problemlösungsgemeinschaften. Der Gemeinschaftsbegriff umfasst bei Dewey somit weniger Formen politischer Vergemeinschaftung, welche sich am Horizont geteilter Wertüberzeugungen vollziehen, sondern stellt das Zusammenwirken der verschiedenen Öffentlichkeiten in den Vordergrund: die kommunikative Verknüpfung der demokratischen *Experimentiergemeinschaften* zu einer translokalen *Great Community*.

Ähnlich wie Bohman es in seinem Theorievorschlag einer *Democracy across borders* bereits unternommen hat, gilt es nun, legt man Deweys Idee translokaler Konnektivität zugrunde, theoretisch und empirisch zu fragen, inwiefern virtualisierte *issue publics* lokale Gemeinschaften des Dialogs und der Erfahrung konstituieren und wie diese zweitens translokal über Online- und/oder Online/Offlinekonnektivitäten verknüpft sind. Betrachtet man *virtualisierte issue publics* als Kern europäischen demokratischen Zusammenlebens, ist es wichtig, dass diese an ein un abgeschlossenes *Publikum* adressiert sind. Andererseits müssen diesen *publics* zugleich einen Raum bieten, welcher den Spezifika der jeweiligen lokalen Gemeinschaft entspricht. Wie die Diskussion der Frage, inwiefern Online-Kommunikation Kommunikation unter Gleichen ist, gezeigt hat, ist es wichtig, dass diese Räume spezifische soziale und kulturelle Sprachstile ermöglichen. Auf der konkreten Ebene des Designing schlägt Boyd für (trans-)lokale Gemeinschaften vor:

- 1) Empower users. Give them the ability to personalize and culturalize their spaces online. Let people create the contexts in which their expressions can occur so that they can help set and regulate the norms. This means everything from hackable HTML to open APIs to open source code that can spiral everywhere.
- 2) Provide the cultural environment where people can accidentally connect with strangers over meaningful things without being forced to

71 Dewey: Die Öffentlichkeit und ihre Probleme, S. 26f.

face everyone on the system. Let users privatize or wall off access to only certain people for their own needs. Let users see the values of being public. [...]

3) Empower individual users to be cultural spokespeople. Give them the ability to modify the system for their communities and cultural needs. Again, this means openness of software or providing richer platforms to develop on top of.⁷²

Öffentlichkeit ist für Dewey ein Ort des Lernens mit moralischer und epistemischer Qualität, der translokal angelegt ist. Europäische Öffentlichkeit im Internet als Vernetzung verschiedener distribuerter lokaler Gemeinschaften setzt mit Dewey dabei nicht voraus, dass wir „europäische Menschen“ werden. Er erinnert uns daran, dass verteilte Öffentlichkeiten nicht geteilte Sphären sind, sondern durch die fortlaufende Interaktion zwischen den verschiedenen Öffentlichkeiten und den mit ihnen korrespondierenden politischen Institutionen verbunden werden können.

LITERATURVERZEICHNIS

- Abromeit, Heidrun: „Möglichkeiten und Ausgestaltungen einer europäischen Demokratie“, in: Klein, Ansgar u.a.: Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa, Opladen 2003, S. 31-54.
- Adam, Silke: Symbolische Netzwerke in Europa. Der Einfluss der nationalen Ebene auf europäische Öffentlichkeit. Deutschland und Frankreich im Vergleich, Köln 2007.
- Barney, Darin: The Network Society, Cambridge, MA 2004.
- Benkler, Yochai: The Wealth of Networks. How Social Production Transforms Markets and Freedom, New Haven, CT/London 2006.
- Bennett, W. Lance: „Changing Citizenship in the Digital Age“, in: ders. (Hrsg.): Civic Life Online: Learning How Digital Media Can Engage Youth, Cambridge, MA 2008, S. 1-24.
- Berkel, Barbara: Konflikt als Motor europäischer Öffentlichkeit, Wiesbaden 2006.
- Bimber, Bruce: „The Internet and Political Transformation: Populism, Community and Accelerated Pluralism“, in: Polity, Jg. 31, Nr. 1, 1998, S. 133-160.
- Bohman, James: Democracy Across Borders. From Demos to Demoi, Cambridge, MA/London 2007.
- Boyd, Danah: „G/localization: When Global Information and Local Interaction Collide“, O'Reilly Emerging Technology Conference, San Diego, CA, 06.03.2006, <http://www.danah.org/papers/talks/Etech2006.html>, 02.06.2008.

72 Boyd: „G/localization“.

- Brüggemann, Michael u.a.: „Segmented Europeanization. The Transnationalization of Public Spheres in Europe: Trends and Patterns“, in: Transtate Working Papers, Nr. 37, 2006.
- Castells, Manuel: „Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft“. Das Informationszeitalter, Bd. 1, Opladen 2003.
- Castells, Manuel: „Jahrtausendwende“. Das Informationszeitalter, Bd. 3, Opladen 2003.
- Cooke, Louise: „Controlling the Net: European Approaches to Content and Access Regulation“, in: Journal of Information Science, Jg. 33, Nr. 3, 2007, S. 360-376.
- Dahlberg, Lincoln: „Computer-Mediated Communication and The Public Sphere: A Critical Analysis“, in: Journal of Computer-Mediated Communication, Jg. 7, Nr. 2, 2001, <http://jcmc.indiana.edu/vol7/issue1/dahlberg.html>, 15.07.2008.
- Dahlberg, Lincoln: „The Corporate Colonization of Online Attention and the Marginalization of Critical Communication?“, in: Journal of Communication Inquiry, Jg. 29, Nr. 2, 2005, S. 160-180.
- Dahlberg, Lincoln: „Rethinking the Fragmentation of the Cyberpublic: From Consensus to Contestation“, in: New Media & Society, Jg. 9, Nr. 5, 2007, S. 827-847.
- Dewey, John: Die Öffentlichkeit und ihre Probleme [1927], Darmstadt 1996.
- Deutscher Bundestag: „Schlussbericht der Enquete-Kommission ‚Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten‘“, 2002, <http://dip.bundestag.de/btd/14/092/1409200.pdf>, 18.07.2008.
- Eder, Klaus/Kantner, Cathleen: „Transnationale Resonanzstrukturen in Europa. Eine Kritik der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit“, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, „Die Europäisierung nationaler Gesellschaften“, hrsg. v. Maurizio Bach, Sonderheft 40, 2000, S. 306-331.
- Emmer, Martin/Vowe, Gerhard: „Mobilisierung durch das Internet? Ergebnisse einer empirischen Längsschnittuntersuchung zum Einfluss des Internets auf die politische Kommunikation der Bürger“, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 45, Nr. 2, 2004, S. 191-212.
- Eriksen, Erik O.: „Conceptualising European Public Spheres. General, Segmented and Strong Publics“, in: Fossum, John Erik/Schlesinger, Philip (Hrsg.): The European Union and the Public Sphere. Communicative Space in the Making, London/New York 2007, S. 23-43.
- Fishkin, James S.: „Deliberative Polling®. Toward a Better-Informed Democracy“, o.D., <http://cdd.stanford.edu/polls/docs/summary>, 19.07.2008.
- Fossum, John Erik/Schlesinger, Philip: „The European Union and the Public Sphere. Communicative Space in the Making?“, in: dies. (Hrsg.): The European Union and the Public Sphere. Communicative Space in the Making?, London/New York 2007, S. 1-22.

- Fraser, Nancy: „Transnationalizing the Public Sphere“, http://www.republicart.net/disc/publicum/fraser01_en.pdf, 23.04.2008.
- Fraser, Nancy: „Die Transnationalisierung der Öffentlichkeit. Legitimität und Effektivität der öffentlichen Meinung in der postwestfälischen Welt“, in: Niesen, Peter/Herborth, Benjamin (Hrsg.): Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik, Frankfurt a.M. 2007, S. 224-253.
- Fraser, Nancy: „Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy“, in: Calhoun, Craig (Hrsg.): Habermas and the Public Sphere, Cambridge, MA 1992.
- Gibson, Rachel u.a.: „Introduction. Representative Democracy and the Internet“, in: dies. u.a. (Hrsg.): Electronic Democracy. Mobilisation, Organisation and Participation via New ICTs, London/New York 2004, S. 1-16.
- Habermas, Jürgen: „Europapolitik in der Sackgasse. Plädoyer für eine Politik der abgestuften Integration“, in: ders.: Ach, Europa, Frankfurt a.M 2008, S. 96-127.
- Habermas, Jürgen: „Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie“, in: ders.: Ach, Europa, Frankfurt a.M. 2008, S. 138-191.
- Habermas, Jürgen: „Braucht Europa eine Verfassung? Eine Bemerkung zu Dieter Grimm“, in: ders.: Die Einbeziehung des Anderen, Frankfurt a.M. 1999, S. 185-191.
- Habermas, Jürgen: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt a.M. 1998.
- Hepp, Andreas: Netzwerke der Medien. Medienkulturen und Globalisierung, Wiesbaden 2004.
- Klaus, Elisabeth: „Von der Beschränktheit unserer Öffentlichkeitstheorien im europäischen Kontext“, in: Langenbucher, Wolfgang R./Latzer, Michael (Hrsg.): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel, Wiesbaden 2006, S. 93-106.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften: „eInclusion Revisited: The Local Dimension of the Information Society“, Commission Staff Working Document, Dokumentennr.: SEC(2005) 206, Brüssel, 04.02.2005.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften: „Der Beitrag der Kommission in der Zeit der Reflexion und danach: Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion“, Dokumentennr. KOM(2001) 494, Brüssel 13.10.2004.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften: „Europäisches Regieren. Ein Weißbuch“, Dokumentennr. KOM(2001) 428, Brüssel 25.07.2001.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften: „Über die Website ‚Debate Europe‘“, http://europa.eu/debateeurope/about/index_de.htm, 16.07.2008.

- Koopmans, Ruud/Zimmermann, Ann: „Visibility and Communication Networks on the Internet: The Role of Search Engines and Hyperlinks“, in: de Vreese, Claes/Schmitt, Hermann (Hrsg.): A European Public Sphere: How Much of It Do we Have and How Much Do We Need?, Connex Report Series Nr. 02, Mannheim 2007, S. 213-264.
- Latzer, Michael/Saurwein, Florian: „Europäisierung durch Medien: Ansätze und Erkenntnisse der Öffentlichkeitsforschung“, in: Langenbacher, Wolfgang R./Latzer, Michael (Hrsg.): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel, Wiesbaden 2006, S. 10-44.
- Lippmann, Walter: Public Opinion [1922], New York 1965.
- Lovink, Geert: Zero Comments: Blogging and Critical Internet Culture, London 2007.
- Niesen, Peter/Herborth, Benjamin (Hrsg.): Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik, Frankfurt a.M. 2007.
- Norris, Pippa: Digital Divide: Civic Engagement, Information Poverty and the Internet Worldwide, Cambridge, MA 2001.
- Schmalz-Bruns, Rainer: „Demokratisierung der Europäischen Union – oder: Europäisierung der Demokratie? Überlegungen zur Zukunft der Demokratie jenseits des Nationalstaates“, ARENA Working Papers Nr. 38, 2002, <http://www.arena.uio.no/events/papers/SBruns.pdf>, 02.08.2008.
- Selchow, Sabine: „Language and ‚Global‘ Politics: De-Naturalising the ‚Global‘, in: Albrow, Martin u.a. (Hrsg.): Global Civil Society 2007/2008. Communicative Power and Democracy, London/New York 2008, S. 224-243.
- Smith, Peter J./Smythe, Elizabeth: „Globalization, Citizenship and Technology: The Multilateral Agreement on Investment Meets the Internet“, in: Webster, Frank (Hrsg.): Culture and Politics in the Information Age: A New Politics?, London 2001, S. 183-206.
- Splichal, Slavko: „In Search of a Strong European Public Sphere: Some Critical Observations on Conceptualizations of Publicness and the (European) Public Sphere“, in: Media, Culture & Society, Jg. 28, Nr. 5, 2006, S. 695-714.
- Sunstein, Cass: Republic.com 2.0, Princeton, NJ 2007.
- TNS Opinion & Social für die Europäische Kommission: „Eurobarometer 67: Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union“, http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb67/eb67_de.pdf, 17.07.2008.
- TNS Opinion & Social für die Europäische Kommission: „Eurobarometer Spezial 293: E-Communications Haushaltsumfrage“, 2008, http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_293_full_de.pdf, 17.07.2008.
- Wessler, Hartmut: „Europa als Kommunikationsnetzwerk. Theoretische Überlegungen zur Europäisierung von Öffentlichkeit“, in: Hagen, Lutz M. (Hrsg.): Europäische Union und mediale Öffentlichkeit, Köln 2004, S. 13-28.

- Wodak, Ruth/Wright, Scott: „The European Union in Cyberspace: Democratic Participation via Online Multilingual Discussion Boards“, in: Danet, Brenda/Herring, Susan C. (Hrsg.): *The Multilingual Internet. Language, Culture, and Online Communication*, Oxford/New York 2007, S. 385-407.
- Wright, Scott/Street, John: „Democracy, Deliberation and Design: The Case of Online Discussion Forums“, in: *New Media Society*, Jg. 9, Nr. 5, 2007, S. 849-869.
- Young, Marion: „Communication and the Other: Beyond Deliberative Democracy“, in: Benhabib, Seyla (Hrsg.): *Democracy and Difference: Contesting the Boundaries of the Political*, Princeton, NJ 1996, S. 120-135.
- Zimmermann, Ann u.a: *Political Communication on the Internet. Part 2: Link Structure Among Political Actors in Europe*, 2004, <http://europub.wz-berlin.de/project%20reports.en.htm>, 12.02.2008.